

## Europa Aktuell 4/2019

### Umfrage zur Umsetzung des EU-Vergaberechts

*Ausschuss der Regionen und europäischer Dachverband RGRE starten Online-Umfrage zum EU-Vergaberecht. Gemeinden können ihre Erfahrungen zu Unterschwellenvergabe, grenzüberschreitenden Aufträgen und natürlich zum Oberschwellenbereich mitteilen.*

Mit den [Vergaberichtlinien von 2014](#) wurden etliche Änderungen am europäischen Rechtsrahmen für die öffentliche Vergabe vorgenommen. Diese Änderungen umfassen neue Verfahren zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, zur Erleichterung des Zugangs für KMU (Zerschlagung in Lose) sowie strengere Bestimmungen bezüglich Integrität und Transparenz um Korruption und Betrug zu verhindern. Außerdem wird die Rolle der öffentlichen Vergabe bei der Verwirklichung anderer Ziele wie Innovation, Umweltschutz und sozialer Eingliederung in den Mittelpunkt gestellt. In Österreich wurden die Richtlinien erst mit dem [Bundesvergabegesetz 2018](#) umgesetzt und befinden sich nur wenige Monate in Kraft.

Ausschuss der Regionen und europäischer Dachverband RGRE haben dennoch eine Online-Umfrage zur Bewertung der Richtlinien gestartet, da es aus vielen Mitgliedstaaten bereits Rückmeldungen zur Praktikabilität des neuen Rechtsrahmens gibt. Sollten auch österreichische Gemeinden erste Erfahrungen mit dem neuen Vergaberecht und hier insbesondere mit Aufträgen jenseits der EU-Schwellenwerte haben, können sie sich auf Deutsch an der Umfrage beteiligen. Die Kommission geht bekanntlich davon aus, dass die neuen Regeln zu einer wesentlichen Vereinfachung der Verfahren und zu mehr Transparenz führen. Gemeinden und Regionen wird nun bis 13. Mai Gelegenheit geboten, die Sicht des Anwenders zu präsentieren.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2019CoRSurveyPublicProcurement>

### Konsultation über bewilligungsfreie Kleinantennen und Sendeanlagen

*Die Versmaltung der Welt braucht entsprechende Datenleitungen. Österreich will innerhalb Europas 5G-Vorreiter sein, damit verbunden ist eine umfassende 5G-Abdeckung in Städten und entlang der Hauptverkehrsrouen bis 2025. Letztlich müssen aber auch in Gemeinden Kleinantennen und Sendeanlagen errichtet werden.*

Noch bis 10. April läuft eine öffentliche Konsultation der EU-Kommission über den Ausbau kleinräumiger Sendeanlagen zur Umsetzung des [5G-Aktionsplans](#). Derartige Zugangspunkte und Sendeanlagen sind unabdingbar für die flächendeckende Verfügbarkeit der 5G-Technologie. Die EU-Kommission plant daher, im ersten Quartal

2020 einen Durchführungsrechtsakt zum Kodex für die elektronische Kommunikation zu veröffentlichen und darin zu regeln, unter welchen Voraussetzungen solche Anlagen genehmigungsfrei errichtet werden dürfen. Durchführungsrechtsakte unterliegen nicht dem gängigen Mitwirkungsverfahren von Rat und EU-Parlament, sondern werden lediglich dem sog. [Komitologieausschuss](#) vorgelegt, der aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten besteht.

Der geplante Durchführungsrechtsakt soll die Kriterien (Größe, Gewicht, Höhe, Sendestärke und Reichweite der Anlagen) für die genehmigungsfreie Errichtung definieren. Die Hintergrunddokumente zur aktuellen Konsultation sprechen vage davon, dass Umwelt- und Gesundheitsgesichtspunkte oder die öffentliche Sicherheit weiterhin eine Genehmigung erforderlich machen können.

Aus Gemeindesicht ist jedenfalls anzumerken, dass eine gewisse lokale Steuerung oder Mitsprache bei der Errichtung von Sendeanlagen sinnvoll ist. Einerseits könnte so ein „Antennenwald“ verhindert werden, andererseits können mit intelligenter Planung Widerstände verhindert werden, sollten Anlagen in der Nähe neuralgischer Punkte wie Schulen oder Kindergärten geplant sein.

Der Österreichische Gemeindebund beteiligt sich an der Konsultation, empfiehlt dies aber auch Experten in den Gemeinden. Dies wäre ein notwendiges Gegengewicht in einer Angelegenheit, wo vorrangig Telekomanbieter zu Wort kommen. Eine allgemeine Information sowie weiterführende Links finden sich unter unten stehendem Link. Für die Beteiligung an der Konsultation benötigen Gemeinden einen ECAS-Zugang. Der Fragebogen auch auf Deutsch zur Verfügung. Da die Fragestellung eher an Telekomanbieter ausgerichtet ist, sollte v.a. von der Möglichkeit freier Kommentare Gebrauch gemacht werden.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/public-consultation-light-deployment-regime-small-area-wireless-access-points>

## **Erklärung von Bukarest: AdR zur Zukunft Europas**

*Am 14./15. März fand in Bukarest der 8. Gipfel der Regionen und Städte statt. Die dort anwesenden Mitglieder des AdR formulierten in der Abschlusserklärung Ideen für die Zukunft Europas.*

Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie Multi-Level-Governance sind prominente Forderungen. Auch die Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern sollten im EU-Gesetzgebungsprozess gestärkt werden, der Gipfel schlägt vor, über ständige Bürgerkonsultationen nachzudenken. Die Institutionen werden daran erinnert, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften diejenigen sind, welche u.a. die nachhaltigen Entwicklungsziele umsetzen und einen Großteil der öffentlichen Investitionen tätigen. Daher erhebt die Abschlusserklärung auch die Forderung nach einem raschen Abschluss der Verhandlungen über den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen und die Berücksichtigung der diesbezüglichen Empfehlungen von AdR und EU-Parlament.

<https://cor.europa.eu/de/summit2019>